

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe Januar 2021

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Michael Hanfeld: Mediziner protestieren mit offenem Brief gegen Suizid-Film**
- **K. A. Schachtschneider: Zum Unrecht der Sterbehilfe**
- **Daniele Ganser zu "Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht"**
- **Albrecht Müller: Sicherheit durch Sich-Vertragen? Oder: Sicherheit durch Sich-Bewaffnen?**
- **Alfred de Zayas: Die Trommeln des Krieges zum Schweigen bringen**
- **Florian Pfaff: "Es geht dabei um ... gezieltes Töten"**
- **Jürgen Wagner: Lockdown für Rüstung und Krieg**
- **GFP: Die Militarisierung des Mittelmeers**
- **Cordula Eubel: Das haben die Grünen auf ihrem digitalen Parteitag beschlossen**
- **Kreis der Central Bank Digital Currencies schließt sich**
- **Hansjörg Stütze: Das unhygienische Bargeld**
- **Norbert Häring: Lufthansa macht ganz vorne mit bei ID2020, Known Traveller und demnächst Impfpflicht**
- **Thomas Kruchem: Digitale Identität aller Menschen – Fortschritt oder globale Überwachung?**
- **Kleine Parteien bei BW-Landtagswahl benachteiligt**
- **Christian Fischer: Demokratie schützen – aber wie?**

**Zitat des Monats** von [Carl von Ossietzky](#) (in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931):

**Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede.**

**Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte.**

## Editorial

Die ersten zwei Beiträge beschäftigen sich kritisch mit dem **Thema assistierter Suizid**, für den durch Filmbeiträge und Gerichtsurteile immer wieder Werbung gemacht wird. Es gibt aber auch wichtige Stimmen dagegen.

Einen Schwerpunkt bilden dann Aktivitäten zu **Krieg und Frieden**. Daniele Ganser spricht über die USA als skrupellose Weltmacht, andere Stimmen plädieren für Abrüstung (Albrecht Müller) und Prävention gegen gewaltsame Auseinandersetzungen (Alfred de Zayas).

Dennoch schreitet die Aufrüstung der **Bundeswehr** auch mit Drohen voran, gegen Stimmen zum Beispiel des Darmstädter Signals, und obwohl das Gerücht, die Bundeswehr sei unterversorgt, nicht wahr ist. Auch der Waffenexport, zum Beispiel in die Krisenregion östliches Mittelmeer, wird intensiviert. Die früher einmal pazifistische und basisdemokratische **Grüne Partei** hat in ihrem neuen Grundsatzprogramm von diesen alten Zielen Abschied genommen.

Der weitere Schwerpunkt beschäftigt sich mit der **Digitalisierung**. Eine Zentralbank nach der anderen führt digitale Währungen ein; die Abschaffung des Bargeldes sowie biometrische Identifizierungen (ID2020) werden forciert.

Schließlich wird auch im Zusammenhang mit der Pandemie auf **demokratische Aufgaben** und deren kleine Erfolge hingewiesen; gerade die Pandemie verdeutlicht uns, dass wir unsere Demokratie verteidigen und weiterentwickeln müssen.

[Inhalt](#) ↑

### • Michael Hanfeld: **Mediziner protestieren mit offenem Brief gegen Suizid-Film**

Am 23.11.2020 wurde in SRF und ARD gleichzeitig der Film ["Gott" von Ferdinand von Schirach](#) gesendet. Der Autor des verfilmten Theaterstücks gibt an, mit dem Film die ethische Diskussion über den assistierten Suizid in Deutschland fördern zu wollen. Nach Ansicht von namhaften Palliativmedizinern und Psychologen, die sie in einem Offenen Brief darlegen, legt der Film nahe, dass es in ihm um die Frage nach einem Recht auf Suizid gehe, aber in Wahrheit gehe es darin um die Frage, ob der Mensch einen Rechtsanspruch auf einen assistierten Suizid habe. Der Protagonist im Film erwarte kein Mitgefühl oder Verständnis, sondern dass der Zuschauer seine Entscheidung gegen das Leben übernimmt und von einem Mitmenschen die geforderte Gabe eines tödlichen Medikaments bekommt. Der Film negiere und entwerte "die Arbeit von tausenden in Deutschland tätigen Menschen, die als Mediziner, Psychiater, Psychologen, Palliativmediziner, Pflegekräfte, Seelsorger, Mitarbeiter von Hospizen, Krisendiensten und Beratungsstellen, der Polizei, Feuerwehr oder einfach ehrenamtlich engagiert mit suizidalen Menschen zu tun haben". Zudem liegt der Film nach Ansicht der Autoren des Offenen Briefes auch sachlich falsch, wenn darin behauptet wird, durch die Zulassung des assistierten Suizids hätten sich die Suizidraten reduziert oder er verhindere harte Suizide. Die Alternative zu einem selbstbestimmten Tod sei nicht, "sabbernd" und "an Schläuchen hängend" im Krankenhaus zu sterben, sondern eine Behandlung zu erhalten, die das Leid mindert. Die Gabe eines tödlichen Medikaments sei nicht die Alternative zu einem Behandlungsabbruch. Und schließlich sprächen sich deutsche Ärztinnen und Ärzte nicht mehrheitlich für den assistierten Suizid aus.

Der [Offene Brief](#) in voller Länge.

[Michael Hanfeld](#), Jg. 1965, studierte Politik- und Geschichtswissenschaften sowie Jura. Seit 1991 Redakteur bei der F.A.Z.; seit 2001 Leiter des Medienressorts. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Karl Albrecht Schachtschneider: Zum Unrecht der Sterbehilfe**

Im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.02.2020 hatte Karl Albrecht Schachtschneider einen Text zu den grundlegenden Regeln für die menschliche Gemeinschaft und für den Staat verfasst. Demnach verkennt das Urteil das Grundprinzip der unantastbaren und unausweichlichen Würde des Menschen. Das Urteil ignoriere das die deutsche Rechtsordnung bestimmende Sittengesetz, das die Freiheit des Grundgesetzes definiert, und schränke das Tötungsverbot des Christentums ein. Aus dem Menschenwürdesatz (Art. 1 GG) andere Rechte abzuleiten, als die in der Verfassung stehenden, liege aufgrund der rechtsstaatlichen Gewaltenteilung nicht in der Hand der Judikativen. [Das Recht auf Selbsttötung sei weder sittlich noch vernünftig](#). Mit seinem Urteil ignoriere das Gericht die Ethik des Grundgesetzes. Den freien Willen, den das Gericht vor allem über die Schutzpflicht des Staates für das Leben stellt, gebe es nicht. Es sei ein Unterschied, ob man ein Gesetz verfehlen kann oder darf, ob ich dagegen verstoße oder es missachte. Zudem sei das BVerfG von dem einmal selbst plakatierten Menschenbild abgerückt, dass der Mensch nicht ein isoliertes und selbstherrliches Individuum, sondern eine gemeinschaftsbezogene und gemeinschaftsgebundene Person sei. Abschließend hält Schachtschneider fest, dass das Sterbehilfeurteil des Bundesverfassungsgerichts einen großen Schritt zur fremdbestimmten Euthanasie darstelle.

Susanne Ley macht in ihrem Leserbrief auf einen wichtigen Umstand aufmerksam: "Wenn der Suizidwunsch als Ausdruck von Selbstbestimmung gewertet wird, [wird der verzweifelte Suizidgefährdete in seiner Not alleingelassen](#). Aufgabe des Arztes ist es, dem suizidalen Menschen einen Ausweg aus der vermeintlichen Hoffnungslosigkeit aufzuzeigen, mit ihm neue Perspektiven im Umgang mit seiner schwierigen Situation zu entwickeln oder die schwierige Situation mit ihm auszuhalten. Eine humane Gesellschaft lässt sich nur verwirklichen, wenn die Freiheit des Einzelnen eingebettet ist in eine Kultur der Sorge und des Beistandes. Die menschliche Autonomie ist immer eine relationale Autonomie, eine Autonomie in Beziehung zum Mitmenschen. Bedingung menschlichen Lebens ist es, dass der Mensch in all seinen Lebensphasen auf die Hilfe anderer angewiesen ist. Eine Einschränkung seiner Autonomie liegt darin nicht begründet. Gerade die Hilfe und Sorge um den anderen sowie das oberste Gebot, dem Patienten nicht zu schaden, stehen im Zentrum des ärztlichen Handelns."

[Karl Albrecht Schachtschneider, Jg. 1940](#), Staatsrechtler, war von 1989 bis 2010 Ordinarius für öffentliches Recht der Universität Erlangen-Nürnberg. International bekannt wurde er durch verschiedene Grundlagenprozesse vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht, u. a. 1992/93 zum Vertrag von Maastricht, 1998 zur Europäischen Währungsunion, 2005 zum Vertrag über eine Verfassung für Europa, 2008 zum Lissabon-Vertrag und als Verfasser zahlreicher Bücher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Daniele Ganser zu "Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht"**

Ken Jebsen interviewt den Historiker und Friedensaktivisten Daniele Ganser zu seinem neuen Buch "Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht". In der Geopolitik wird täglich Gewalt angewandt. Daran hat auch die offizielle Einführung der Demokratie oder das offizielle Gewaltverbot der UNO nichts geändert. Wo es um Ressourcen oder Geld, im Kern also um Einfluss und Macht geht, gilt das Recht des Stärkeren, das mit List und Lügen als einziger Weg dargestellt wird. Das galt im römischen Imperium und erst recht für das US-amerikanische. Aber: [Gewalt ist keine Lösung](#). Und Ganser ist sich sicher, dass Lösungen ohne Gewalt möglich sind. Dazu sei es hilfreich, bei einem Wutzustand zunächst die eigenen Gefühle und Gedanken aufmerksam zu beobachten, um dann so die eigene Wut zu Gelassenheit zu transformieren bzw. zum inneren Frieden zu kommen. Ohne ihn ist ein Friede im Außen nicht möglich. (Video, 1h51)

[Daniele Ganser, Jg. 1972](#), ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik, sowie Energie- und Friedensforscher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Albrecht Müller: **Sicherheit durch Sich-Vertragen? Oder: Sicherheit durch Sich-Bewaffnen?**

In ihrer Grundsatzrede an der Bundeswehr-Hochschule in Hamburg hat die Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer den totalen Bruch mit der erfolgreichen Außen- und Sicherheitspolitik der Regierungen Brandt, Schmidt und Kohl propagiert und dokumentiert. [Die Politik für Frieden und Verständigung wird ersetzt durch Wahrnehmen von "Verantwortung" durch Aufrüstung, durch Militär](#), durch den totalen Kalten Krieg, durch Flagge zeigen im südchinesischen Meer. Russland wird zum Aggressor aufgebaut. – Albrecht Müller hat seinen Worten das Manuskript der Rede angefügt.

*Albrecht Müller, Jg. 1938, Nationalökonom und Herausgeber der NachDenkSeiten. Müller war in seiner politischen Laufbahn Ghostwriter bei Prof. Dr. Karl Schiller, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der SPD, Leiter der Planung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, ehemaliger Bundestagsabgeordneter. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Alfred de Zayas: **Die Trommeln des Krieges zum Schweigen bringen**

75 Jahre nach Beginn des Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher vor einem extra dafür eingerichteten internationalen Gerichtshof in Nürnberg erinnert der unabhängige UN-Experte Alfred de Zayas, der nicht an das Konzept der 'Abschreckung' glaubt, daran, dass [die Konfliktprävention und die Verbrechensverhütung viel wichtiger sind als internationale Strafgerichtshöfe](#). Dazu müsste das Menschenrecht auf Frieden gefördert und bessere Mechanismen zur Schlichtung von Streitigkeiten geschaffen werden, bevor sie sich zu lokalen, regionalen oder internationalen Konflikten ausweiten. Eine Bestrafung helfe nicht, die Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen. De Zayas macht auch auf mögliche Unzulänglichkeiten solcher Gerichtshöfe aufmerksam wie z.B. vor allem über die Fehler der Besiegten und weniger oder gar nicht über die der Sieger zu richten. Das Nürnberger Tribunal habe nicht verhindert, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine Kultur der Gewalt und Straflosigkeit etabliert habe. Vielmehr sei zu beobachten, dass der Internationale Strafgerichtshof als Werkzeug der Mächtigen missbraucht werde.

*Alfred-Maurice de Zayas, Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Florian Pfaff: **"Es geht dabei um 'Targeted Killing', gezieltes Töten"**

Florian Pfaff, Sprecher des Arbeitskreises 'Darmstädter Signal', macht im Interview mit Markus Bernhardt darauf aufmerksam, dass die [Aussage, Soldaten durch bewaffnete Drohnen schützen zu wollen, verlogen](#) sei. Die Bereitschaft zu sinnloser Gefährdung von Soldatenleben, indem Soldaten in kontraproduktive, rechtswidrige und lebensgefährliche Angriffskriege geschickt werden, widerlege alle vorgeschobenen Fürsorgeargumente. Pfaff erinnert daran, dass mehr als 90% der Normalbevölkerung es für besser erachten, auf Angriffskriege zu verzichten, und nicht Feinde, sondern die Feindschaft zu bekämpfen. Er plädiert entschieden dafür, auf Unmenschlichkeit wie Folter zu verzichten und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. "Die Menschen in unserem Land haben nämlich einen Anspruch auf eine rechtskonforme, auf Frieden und nicht auf Dominanz und Kampf gerichtete Sicherheitspolitik."

In der Debatte um bewaffnete Drohnen heißt es immer wieder, diese seien defensiv ausgerichtet. Diesem Argument widerspricht nach Harald Neuber ein öffentliches Dokument des französischen Parlaments. Demnach steht hinter der Aufrüstung von Drohnen tatsächlich ein [langfristiger internationaler Plan zur Entwicklung autonomer Rüstungsprojekte](#). Es geht um das

"Future Combat Air System" (FCAS), das Deutschland, Frankreich und Spanien in eine führende Position in der autonomen Kriegsführung bringen soll. Es geht um ein 500-Milliarden-Euro-Vorhaben, um Lobbyismus und um die Aufrüstung bis zum Jahr 2080.

[Florian Pfaff](#), Jg. 1957, war anfangs Zeit-, später Berufssoldat; verweigerte 2003 Mitwirkung am Irak-Krieg und ist seitdem im Sinne der Friedensbewegung tätig, wodurch eine weitere Beförderung verhindert wurde; wurde 2013 in den Ruhestand versetzt. Er ist Vorstandsmitglied des Arbeitskreises 'Darmstädter Signal'. (Red.)

[Harald Neuber](#), Jg. 1978, Chefredakteur des Online-Magazins Telepolis (heise.de), Gründer und leitender Mitarbeiter des Vereins Mondial21 e.V. für den Aufbau des Nachrichtenportals amerika21.de. (Red.)

[Inhalt](#) 

#### • Jürgen Wagner: **Lockdown für Rüstung und Krieg**

Zum Aktionstag "Abrüsten statt Aufrüsten!" am 05.12.2020 in Stuttgart hat Jürgen Wagner [klargestellt, dass die Bundeswehr nicht kaputt gespart wird](#), sondern in den letzten 20 Jahren inflationsbereinigt 40% mehr an finanziellen Mitteln zur Verfügung bekommen hat. Wagner wies auch darauf hin, dass der offiziell ausgewiesene Verteidigungshaushalt nicht alle Militärausgaben des Bundes ausweise; so seien z.B. die deutschen Anteile für die EU-Rüstungstöpfe hinzu zu zählen. Wagner fordert, dass dieses Geld an anderen Stellen wie Gesundheit und Entwicklung eingesetzt wird, wo es dringender gebraucht werde.

[Jürgen Wagner](#) ist Politikwissenschaftler, Autor zahlreicher Artikel und Studien zur NATO und zu US-Strategien und EU-Militarisierung und Vorsitzender der Informationsstelle gegen Militarisierung in Tübingen (IMI). (Red.)

[Inhalt](#) 

#### • GFP: **Die Militarisierung des Mittelmeers**

Mit [Rüstungslieferungen an die Seestreitkräfte Ägyptens](#) intensiviert Deutschland die Militarisierung des östlichen Mittelmeers. Parallel zur Übergabe eines vierten deutschen U-Boots an die ägyptische Marine wird kommendes Jahr die Werft 'Alexandria Shipyard' eine erste deutsche MEKO-Fregatte von 'ThyssenKrupp Marine Systems' (TKMS) montieren. Darüber hinaus erhält Kairo aus Deutschland insgesamt neun Patrouillenboote, die eigentlich an Saudi-Arabien verkauft werden sollten, wegen des Waffenembargos gegen das Land nun aber anderweitig zur Verfügung stehen. Ägypten weitet seine Marineaktivitäten massiv aus und positioniert sich dabei vor allem gegen die Türkei, die ihrerseits über zahlreiche Kriegsschiffe aus deutscher Produktion verfügt. Dabei führt die ägyptische Marine inzwischen Kriegsübungen gemeinsam mit den Seestreitkräften Griechenlands, Zyperns und Frankreichs durch. Dem Verkauf deutscher Kriegsschiffe an Ägypten stehen die brutalen Menschenrechtsverbrechen der in Kairo blutig herrschenden Militärs aus Sicht Berlins nicht im Wege.

[German-Foreign-Policy](#) (GFP), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) 

#### • Cordula Eubel: **Das haben die Grünen auf ihrem digitalen Parteitag beschlossen**

Die Grünen haben [ein neues Grundsatzprogramm beschlossen](#) (Link zum [Dokument](#)). Dabei wurde u.a. versucht, der Klimabewegung "Fridays For Future" näher zu kommen; Volksentscheide auf Bundesebene werden abgelehnt (269), da davon die Gefahr der Polarisierung und der Stärkung des Populismus ausgehe; das Wahlalter soll deutlich abgesenkt werden; statt Hartz IV



soll eine Garantiesicherung (320) eingeführt werden; die strikte Ablehnung von Gentechnik in der Landwirtschaft wurde aufgegeben (74); in den Schulen sollen die Klassengrößen reduziert werden (342); der Zugang zu Schulen und Kitas soll kostenfrei (341) sein. Hinsichtlich der Sicherheitspolitik bekennen sich die Grünen zum Prinzip von "Responsibility to Protect" (392) und halten sich bei der Blockade eines UN-Einsatzes durch ein Veto ein Agieren ohne UN-Mandat offen (393). Bedenklich ist die Formulierung: "Direkte Einsätze im Rahmen der UN haben dabei Vorrang vor Kriseneinsätzen der EU und der NATO" (394). Immerhin: "Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind auszuschließen" (410). Die Grünen bekennen sich zum UN-Migrationspakt (423).

Auf dem Parteitag bekräftigte der Parteivorsitzende Robert Habeck, das [Ziel einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl 2021](#).

Die ['Kooperation für den Frieden' wertete den Entwurf für das Grundsatzprogramm als friedenspolitische Katastrophe](#) und hat dazu einen Offenen Brief an die Mitglieder der Partei 'Bündnis 90/die Grünen' geschrieben. Sie vermissen bei den Grünen eine grundlegende Absage an den Krieg. – *Dieser Bewertung schließt sich die Redaktion des 'Bürgerbriefs für Frieden und Demokratie' an. (Red.)*

[Cordula Eubel](#), Jg. 1973, studierte sie Volkswirtschaft und Journalistik, ist Politikjournalistin und arbeitet seit 2002 als Korrespondentin im Hauptstadtbüro des Tagesspiegels. Sie berichtet vor allem über Sozialpolitik und die Grünen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Der Kreis der 'Central Bank Digital Currencies' schließt sich

Nach der 'Federal Reserve', der 'Peoples Bank of China', der EZB und der 'Bank of England' hat nun die [letzte große Zentralbank der Welt eine Stellungnahme zu den geplanten Digitalwährungen der Notenbanken \(Central Bank Digital Currencies, CBDC\) bekannt gegeben](#). So veröffentlichte die 'Bank of Japan' am (BoJ) am 09.10.2020 ihre Absicht, sich gründlich darauf vorzubereiten, dass es zu einem Anstieg der öffentlichen Nachfrage nach einer digitalen Währung der CBDC kommt. Der japanische Premierminister Yoshihide Suga hatte sich bereits zuvor für eine weitere Digitalisierung und administrative Reformen in diesem Bericht ausgesprochen, um "die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu unterstützen".

[Konjunktion.info](#), private Web-Seite von Michael Lehner. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Hansjörg Stützle: Das unhygienische Bargeld

Die Bargeldabschaffung wird nach Hansjörg Stützle die Zukunft unserer Gesellschaft sehr fragwürdig beeinflussen und verändern. "Die Folgen sind vielfältig. Um einen kleinen Einblick zu geben, greife ich nachfolgend zwei lebensnahe Beispiele auf. Nach einer Bargeldabschaffung steht uns das didaktisch beste Lernmittel nicht mehr zur Verfügung, um unseren Kindern den Umgang mit Geld beizubringen. Bargeld kann man zählen, teilen, stapeln, bündeln. Man kann es anfassen, fühlen, hören und auch riechen. Es ist konkurrenzlos das ideale Medium für Kinder, den Umgang mit Geld und Austausch zu erlernen.

Die Schuldnerberatungsstellen schlagen schon heute Alarm, dass wir durch die digitalen Zahlungsmittel das Verhältnis zu Geld endgültig verlieren. In Studien wurde festgestellt, dass Menschen mit Kartenzahlungen bis zu 100 Prozent mehr konsumieren, als es bei Bargeldzahlungen der Fall ist. Durch das Bezahlen mit den digitalen Zahlungssystemen verlieren die Menschen das Verhältnis zu Geld, und das Leben von Millionen wird in der Folge destabilisiert. Familien und sozial Schwache sind davon besonders betroffen. Eine Abschaffung des Bargelds stört empfindlich die Selbstheilungskräfte der Bürger bezüglich ihrer Finanzen." Die gesellschaftlichen Auswirkungen einer Bargeldabschaffung sind nach Stützle noch

einschneidender und viel gefährlicher. Denn [die Kontrolle über das Geld konzentrierte sich dann „auf eine kleine Zahl von Entscheidern](#) und Institutionen und hebt ihre Macht und ihren Einfluss auf ungeahnte Höhe“.

*Der Artikel argumentiert mit der ersten Corona-Welle als einem Vorwand zur Bargeldabschaffung. Das hat sich bei der zweiten Welle zwar nicht bestätigt, aber das Thema Bargeldabschaffung bleibt aktuell (Red.).*

[Hansjörg Stütze](#), Jg. 1970, arbeitete nach seiner Fachausbildung im väterlichen Beratungsunternehmen für integrale Unternehmensentwicklung. Er erforschte die Grundwahrheiten des Geldes und bündelt dieses Wissen in seinem Projekt [„WertVoll Leben“](#), das er in Vorträgen, Seminaren und Ausbildungsreihen der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Er setzt sich für den Erhalt des Bargeldes ein und arbeitete drei Jahre lang an dem Buch [„Das Bargeldkomplott“](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Lufthansa macht ganz vorne mit bei ID2020, Known Traveller und demnächst Impfpflicht**

Norbert Häring stellt uns die gegenwärtige Entwicklung zur automatisierten Totalüberwachung dar. Im abschließenden Resümee fasst er die weitgehend unstrittigen Fakten zusammen: „Es gibt das von der ‘Rockefeller Foundation’ entwickelte und wohlwollend beschriebene [Gleichschritt-Szenario eines Übergangs zu autoritären Gesellschaftsformen mit intensiver Bevölkerungsüberwachung](#) als Reaktion auf eine Pandemie. Es gibt die Organisation ID2020, finanziert vor allem von Accenture, Microsoft, der Gates-finanzierten Impfallianz Gavi und der Rockefeller Stiftung, die an der Entwicklung und Einführung biometrischen Identitätsnachweisen für alle Erdenbürger arbeitet. Es gibt das Known-Traveller-Projekt von Accenture, Weltwirtschaftsforum, Homeland Security und anderen, das die zunächst freiwillige Beteiligung an der biometrischen Registrierung fördern hilft. Es gibt CommonPass, entwickelt und vorangetrieben von Weltwirtschaftsforum und dem von der Rockefeller-Stiftung finanzierten ‘The Commons Project’, das man als eine Inkarnation des ID2020-Projekts mit starken Elementen von Known Traveller betrachten kann. Es gab ‘Event 201’, organisiert von Gates-Stiftung, Weltwirtschaftsforum und der mit dem Geld der Rockefeller Stiftung gegründeten Johns Hopkins School of Hygiene and Public Health (heute Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health), in dem unter anderem ein hochrangiger Lufthansa-Manager kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie den Umgang mit einer derartigen Pandemie übte. Die Lufthansa hat nun mit ‘Star Alliance Biometrics’ in Zusammenarbeit mit Microsoft das Known-Traveller-Prinzip umgesetzt und führt auch den CommonPass ein.“ Häring fordert uns zu eigenen Schlussfolgerungen auf.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der ‘Financial Times Deutschland’), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Kruchem: **Digitale Identität aller Menschen – Fortschritt oder globale Überwachung?**

In einem halbstündigen ‘Feature’ informiert [SWR2 über Totalüberwachungsprogramme wie ID2020 und ‘Known Traveller’](#). In der ersten Hälfte stellen die Träger der Projekte wie Rockefeller Stiftung, Weltwirtschaftsforum und Bill Gates die angeblichen menschenfreundlichen Vorteile dar, um dann auf den Datenschutz einzugehen. Tom Fisher, Datenschutzaktivist der Organisation ‘Privacy International’, hält es für unrealistisch, dass die Nutzer nur Informationen freigeben, die sie auch freigeben wollen. Dabei werde völlig ausgeblendet, dass bei fast jeder Identitätsprüfung ein Machtgefälle tonangebend sei. Außerdem sei es eine Illusion, dass die digitale Identität durch die Blockchain-Technologie sicher vor Hackern ist.

[Thomas Kruchem](#), Jg. 1954, arbeitet als Journalist, Autor, Referent und Consultant vorwiegend zu Fragen der Entwicklungspolitik mit den Schwerpunkten Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit. Kruchem erhielt viermal den Medienpreis Entwicklungspolitik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **SWR: Kleine Parteien bei BW-Landtagswahl benachteiligt**

Parteien, die bislang nicht im Parlament vertreten sind, müssen vor jeder Wahl durch Unterschriften ihre Seriosität unter Beweis stellen. Baden-Württemberg verlangt besonders viele Unterschriften: 10'550, d.h. 150 pro Wahlkreis. Das ist in Corona-Zeiten für kleine Parteien kaum zu schaffen und damit eine Benachteiligung gegenüber großen Parteien. Nordrhein-Westfalen hat das Wahlrecht bereits den Corona-Maßnahmen angepasst, Rheinland-Pfalz arbeitet daran. Die ÖDP, die Partei, die Piratenpartei, die Linke und die Freien Wähler [haben daher vor dem Verfassungsgericht Ba-Wü mit anderen Parteien gegen die Benachteiligung bei den anstehenden Landtagswahlen geklagt und Recht bekommen](#). Jetzt sind etwas mehr als 5'000 Unterschriften erforderlich, was immer noch schwer genug ist bei den derzeitigen Abstandsregeln.

[Inhalt](#) ↑

- **Christian Fischer: Demokratie schützen – aber wie?**

Ausgehend von den Demonstrationen, die anlässlich der Corona-Schutzmaßnahmen für den Erhalt der Grundrechte stattgefunden haben, stellt Fischer fest, dass "viele" Demonstranten und Organisatoren darin zu Unrecht einen Weg in die Diktatur behaupten. Es gibt genügend Anlässe, die Angriffe auf die Demokratie von wirtschaftlich Mächtigen und auch von Politikern selbst zu kritisieren, aber die Corona-Schutzmaßnahmen gehörten nicht dazu. [Vielmehr müsse unsere Demokratie mit ihren Institutionen gerade verteidigt und verbessert, aber nicht grundsätzlich angegriffen werden](#). Es wird an die Schweizer Demokratie erinnert, die sich in ihrer Geschichte geeignetere Formen für die konstruktive Gestaltung des öffentlichen Lebens durch den Souverän Bürgerschaft entwickelt hat.

Das im Anschluss an den Artikel von Christian Fischer rezensierte Buch 'Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz' von Werner Wüthrich beleuchtet die Schweiz genauer. Daraus werden mehrere konkrete Folgerungen (größere Gemeindeautonomie, besserer Föderalismus, umfassende direkte Abstimmungen, nationale Souveränität) abgeleitet, wie unser deutsches System im Rahmen unserer Geschichte demokratischer gestaltet werden könnte. Wir haben demokratische Institutionen, die wir kooperativ und kompromissbereit nutzen und weiterentwickeln können und müssen, auch wenn mächtige Lobbyorganisationen im Weg stehen.

*Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑